

Sitzungsperiode 2025-2026
Sitzung des Ausschusses III vom 6. November 2025

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 274 von Herrn HENN (CSP) an Minister Franssen zu den Auswirkungen der Arbeitsmarktreform auf das ADG**

In der Sitzung vom 9. Oktober sind Sie ausführlich auf meine Fragen sowie jene meines Kollegen Schröder zur anstehenden Reform des Arbeitslosengeldes und deren Auswirkungen auf die Gemeinden und die ÖSHZ eingegangen.

Da eine beträchtliche Zahl der betroffenen Personen künftig ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld verlieren wird und sich viele von ihnen an die ÖSHZ wenden dürften, richtet sich die öffentliche Aufmerksamkeit derzeit vorwiegend auf die Konsequenzen für die ÖSHZ.

Wie Sie in Ihrer Antwort jedoch ebenfalls betont haben, ist auch das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft (ADG) in erheblichem Maße von dieser Reform betroffen. Sie verwiesen dabei auf die Notwendigkeit der Anpassung von Systemen, Rechtstexten, Prozessen und Begleitmaßnahmen sowie darauf, dass Software, Verfahren und Kommunikationsmittel infolge der Reform überarbeitet werden müssen.

Da Sie aufgrund der begrenzten Antwortzeit in der Sitzung nicht auf alle diese Aspekte im Detail eingehen konnten und bis zur Umsetzung der Reform nur noch zwei Monate verbleiben, möchte ich hierzu weitere Einzelheiten erfragen.

Daher meine Fragen an den Herrn Minister:

1. Wie bereitet sich das ADG konkret auf die Begleitung der bevorstehenden Abgangswellen vor?
2. Welche Auswirkungen hat die Reform auf die Organisation des ADG?
3. Welche Auswirkungen hat die Reform auf die Prozesse des ADG?

- **Frage Nr. 275 von Frau Elsen (ProDG) an Minister Franssen zur Zukunft und Wertigkeit eines Meisterbriefes**

Am Freitag, den 24. Oktober fand die Diplomverleihung des ZAWM's statt bei der Meister und Gesellen diplomiert wurden. Diese Auszeichnungen sind wichtige Meilensteine in der beruflichen Laufbahn eines jeden Handwerkers.

Die jüngsten Reformen im Bereich der Selbstständigkeit und Unternehmensgründung, dass der Nachweis in Betriebsführung in der Wallonie abgeschafft wurde in Handwerks- und

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

Handelsberufen, führt zu tiefgreifenden Veränderungen. Als Begründung der Abschaffung wurde mitgeteilt, dass Studien gezeigt hätten, dass der verpflichtende Betriebsführungsnachweis kaum wirksam war und z.B. die Zahl der Firmenpleiten nicht senkte. In Flandern war man bereits 2018 der Ansicht, dass man diese Verpflichtung aufgrund von EU-Recht nur auf Belgier anwenden kann. Somit könnten Bürger aus anderen EU-Staaten ohne diese Verpflichtung zu erfüllen ein Unternehmen gründen, was eine Diskriminierung darstellte.

Zwar bleibt für die sogenannten „geschützten Berufe“ in der Wallonie weiterhin ein Nachweis der fachlichen Qualifikation erforderlich, doch der Schritt hat die Diskussion über die Wertigkeit des Meisterbriefs erneut entfacht.

Viele Jugendliche erkennen nach dem Gesellenbrief keinen unmittelbaren Mehrwert mehr, die Meisterausbildung anzustreben. Das ist bedauerlich, denn der Meisterbrief vermittelt nicht nur handwerkliche Exzellenz, sondern auch das unternehmerische Know-how, das zur Selbstständigkeit und Führungskompetenz im Handwerk unerlässlich ist. Durch den Meisterbrief erhält man ebenfalls die Qualifikation deutlich früher Lehrlinge auszubilden.

Es wäre bedauerlich, wenn solche Entscheidungen zu einem Verlust an Know-how und Unternehmergeist führen. Dabei war der Meister immer ein Qualitätssiegel für verantwortungsvolles Unternehmertum und Fachkompetenz.

Zudem zeigt sich ein Spannungsfeld: Einerseits sollen Hürden für Gründungen abgebaut werden, andererseits darf man die Bedeutung fundierter Kenntnisse in Betriebsführung, Buchhaltung und rechtlichen Pflichten nicht unterschätzen. Fehler in diesen Bereichen können für junge Selbstständige rasch gravierende Folgen haben.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie fragen:

1. Wie bewertet die betroffenen Akteure (Regierung, ZAWM, Wirtschaft) diese Entwicklung des Stellenwertes eines Meisterbriefs, insbesondere nach der Reform in der Wallonie?
2. Welche Initiativen möchte man ergreifen, um wieder mehr junge Gesellinnen und Gesellen zur Meisterausbildung zu motivieren?
3. Wird es auch nach dieser Reform weiterhin ein Angebot in der deutschsprachigen Gemeinschaft geben Kurse in der Betriebsführung zu belegen?

• **Frage Nr. 276 von Herrn Servaty (SP) an Minister Franssen zur Weiterbeschäftigung von verrenteten Lehrerinnen und Lehrer**

Um dem Lehrermangel in gewissen Bereichen und Fächern entgegenzuwirken, hat die Gemeinschaft verrenteten Lehrerinnen und Lehrern eine phasenweise Weiterbeschäftigung vorgeschlagen. Diese Maßnahme ist prinzipiell zu begrüßen und kann in der Tat einen konkreten Beitrag zur Verringerung der bestehenden Engpässe leisten.

Dem Vernehmen nach wurden verschiedene Personen, die dieses Angebot angenommen haben, mit hohen Steuernachforderungen konfrontiert. Dies war für die Betroffenen laut deren Aussagen völlig unerwartet und hat zu vier- bis fünfstelligen Nachzahlungen geführt. Selbstverständlich müssen bei Zusatztätigkeiten die diesbezüglich relevanten Steuergesetze berücksichtigt werden. Jedoch drängt sich die Fragestellung auf, wie die Gemeinschaft dazu beitragen kann, dass es zu keinen Überraschungen in Verbindung mit Nachzahlungen kommt.

Dazu meine Fragen:

1. Wie viele bereits verrentete Lehrpersonen sind in den vergangenen Schuljahren ins Lehramt zurückgekehrt?
2. Warum wird seitens der Unterrichtsverwaltung auf die betroffenen Gehaltszahlungen kein beziehungsweise ein zu geringer Steuervorabzug einbehalten?
3. Werden die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer rechtzeitig auf die steuerrechtliche Situation der ausgezahlten Gehälter hingewiesen, damit sie sich besser auf eventuelle Steuernachzahlungen einstellen können?

• **Frage Nr. 277 von Herrn Jerusalem (ECOLO) an Minister Franssen zum neuen Sprachlernprogramm für Personen in beruflicher Eingliederung**

Im Juni kündigte die Wallonische Region eine Änderung ihres Sprachlernprogramms für Personen in beruflicher Eingliederung an¹. Der Zeitraum des Programms beläuft sich auf die Jahre 2025 bis 2030.

Die Lernplattform Wallangues soll durch einen „Sprachen-Kreuzungspunkt“ ersetzt werden, der vom FOREM koordiniert wird, sowie durch ein Sprachenhaus in Louvain-la-Neuve. „Parlez Pro“ ist eine Plattform, die gezielter auf die Bedürfnisse der Sektoren ausgerichtet und besser mit diesen vernetzt ist. Sie wurde laut Berichterstattung in Zusammenarbeit mit FOREM, IFAPME und Wallonie-Bruxelles Enseignement entwickelt und richtet sich an Arbeitssuchende, Schüler in berufsbildenden Schulen, Studenten und in einer zweiten Phase auch an Arbeitnehmer. Sie basiert auf dem Prinzip der gemeinsamen Nutzung von Entwicklungen zwischen Ausbildungs- und Bildungsträgern. Sie ist interoperabel und wird Inhalte anbieten, die auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zugeschnitten sind.

In einer mündlichen Frage von Freddy Mockel im wallonischen Parlament hat Minister Jeholet erklärt, dass dieses neue Programm in Zusammenarbeit mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft entwickelt wird. Laut Minister Jeholet „wird die Partnerschaft auf die Deutschsprachige Gemeinschaft ausgeweitet, um das Tool auch deutschsprachigen Nutzern zugänglich zu machen und deren Fachwissen für die Entwicklung deutschsprachiger Inhalte zu nutzen“. Die geplante Partnerschaft mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird die Zugänglichkeit des Tools für diese Zielgruppen gewährleisten und es ermöglichen, hochwertiges Fachwissen in die Entwicklung der Module einzubeziehen.

Hierzu meine Fragen:

1. Welche Organe der DG haben an dieser Programmaufstellung teilgenommen?
2. Wie wird dieses neue Angebot den Arbeitssuchenden zugänglich gemacht?
3. Welche Auswirkungen hat dieses Programm auf den Arbeitsmarkt der DG?

• **Frage Nr. 278 von Herrn Jerusalem (ECOLO) an Minister Franssen zur Einführung neuer Pflichtfächer im Sekundarschulunterricht**

Die Fächerlandschaft in den Sekundarschulen der DG ist ständig in Bewegung. Vor allem Wahlfächer kommen regelmäßig hinzu oder verschwinden. Die Richtschnur dabei sind freilich die Rahmenpläne, wobei Schulen natürlich auch die Möglichkeit haben, solche Fächer anzubieten, die zumindest auf den ersten Blick nicht in den Rahmenplänen der DG abgebildet werden.

¹ <https://www.wallonie.be/fr/actualites/une-nouvelle-strategie-pour-renforcer-les-competences-linguistiques>.

Vor allem zwei neu eingeführte Fächer haben in den vergangenen Monaten mein Interesse in der Medienberichterstattung erlangt: das Fach "Anwärter für Verteidigungs-, Präventions- und Sicherheitsberufe"²⁺³ des RSI Eupen und das Fach "Politische Bildung"⁴⁺⁵ an der Pater Damian Sekundarschule.

Beide Schulen gehen mit den neu geschaffenen Fächern innovative Wege in der DG und entsprechen damit einem realen Bedarf. Während wir als Ausschuss in zwei gemeinsamen Sitzungen mit dem RSI die Einführung des neuen Wahlfachs "Anwärter für Verteidigungs-, Präventions- und Sicherheitsberufe" diskutiert haben, ist mir persönlich der Prozess der Einführung des Fachs "Politische Bildung" nicht bekannt. Der Presse war zu entnehmen, dass dieses Fach für alle Schülerinnen und Schüler des 6. Sekundarschuljahres eingeführt wird und dass es sich um ein Pflichtfach handelt. Für deren Einführung sind die Vorgaben strikter, da alle Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs sie belegen.

In diesem Zusammenhang habe ich folgende Fragen:

1. Welche Pflichtfächer wurden in den letzten Jahren in den Sekundarschulen der DG eingeführt?
2. Wie wird die Einführung neuer Pflichtfächer in der Sekundarschule durch das Ministerium begleitet?
3. Beabsichtigen nach Ihrem Kenntnisstand auch andere Schulen, neue Pflichtfächer zu schaffen?

² <https://www.grenzecho.net/129280/artikel/2025-09-22/neue-abteilung-rsi-eupen-setzt-auf-sicherheit>.

³ <https://rsi-eupen.be/wp-content/uploads/2025/07/VPS-DE-FR.pdf>.

⁴ <https://j1t.be/2025/03/25/pds-direktorin-marie-kever-im-interview-wir-haben-bewusst-entschieden/>.

⁵ <https://www.pds-eupen.be/studienangebot/#1881813498-2>.